

Editorial: Fiskalpolitische Konflikte nach dem Urteil des BVerfG vom 15. November 2023

Martin Junkernheinrich¹ und Joachim Lange²

Die Pandemie, der Krieg in der Ukraine, gestörte Lieferketten und der Energiepreisanstieg haben Wirtschaft, Gesellschaft und Staat in Deutschland unter Druck gesetzt. Tiefgreifende Neuorientierungen standen in der deutschen Politik an – der Kanzler sprach gar von einer „Zeitenwende“. Die Zeitenwende benötigte aber zusätzliche Finanzmittel - ebenso wie die erforderliche Klimawende – von den bestehenden Defiziten im Bereich der öffentlichen Infrastruktur ganz zu schweigen. Um diese Finanzmittel zu erlangen und zugleich die unterschiedlichen Perspektiven zur Schuldenbremse innerhalb der Bundesregierung zu umgehen, versuchte sie, den Energie- und Klimafonds, das Sondervermögen Bundeswehr und die Reaktivierung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds zu nutzen.

Diesen Versuch machte aber das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023 – zumindest mit Blick auf den Energie- und Klimafonds – zunichte. Die Folge waren eine Intensivierung der Verteilungskonflikte in der Fiskalpolitik, die sich zum einen auf die Schuldenbremse fokussierte, sich aber auch auf andere Themen erstreckte, da offensichtlich ist, dass die erforderlichen Investitions- und Ausgabenbedarfe tiefgreifende Anpassungen auf der Ausgaben- und Einnahmenseite erfordern, die die Spielräume, die Veränderungen bei der Schuldenbremse kurz- und mittelfristig eröffnen könnten, weit übersteigen. Die Beiträge dieses Schwerpunktheftes haben ihren Ursprung auf Vorträgen einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum vom Frühjahr 2024. Seither hat sich die fiskalpolitische Debatte zugespitzt und zum Bruch der Regierungskoalition geführt – und danach zu Änderungen des Grundgesetzes, die die Verschuldungsspielräume deutlich erweitern. Diese Änderungen werden aber nicht ausreichen, den o.g. gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden und zugleich die Staatsverschuldung in einem dauerhaft tragbaren Rahmen zu belassen. Auch die neue Bundesregierung steht vor großen finanzpolitischen Herausforderungen und Konflikten und dies in einem international außerordentlich volatilen Umfeld. Die Beiträge, die angesichts der veränderten Situation im Frühjahr 2025 überarbeitet wurden, sind daher von ungebrochener Aktualität und illustrieren die von der künftigen Regierung zu bewältigenden Aufgaben, deren Konfliktlinien schon vor der Regierungsbildung immer wieder deutlich wurden.

¹ *Junkernheinrich*, Prof. Dr. Martin, Kaiserslautern, martin.junkernheinrich@ru.uni-kl.de.

² *Lange*, Prof. Dr. Joachim, Evangelische Hochschule Darmstadt, Zweifalltorweg 12, 64293 Darmstadt, joachim.lange@eh-darmstadt.de.